22-1008-09/MZ -BEB

## Angler und BUND unzufrieden

UMWELT Verbände prüfen Rechtsmittel gegen Genehmigung für Ciech Staßfurt.

NIENBURG/MZ - Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat am 30. September der Ciech Soda Deutschland GmbH eine auf acht Jahre befristete Einleitgenehmigung für ihre Abwässer in die Bode erteilt (die MZ berichtete). Zwar wurde die Genehmigung an Auflagen geknüpft, doch diese sind nach Ansicht des Landesanglerverbandes (LAV) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nicht wirksam. Beide Verbände befürchten eine weitere und anhaltende Schädigung des Flusses, der Fische und anderer Wasserlebewesen.

Zwar soll die Salzfracht aus dem Sodawerk Staßfurt im Winterhalbjahr von knapp 2.500 auf 2.200 Tonnen pro Tag zurückgefahren werden. Das entspricht einer Reduzierung von etwa elf Prozent. In den Sommermonaten ist der Eintrag auf 1.800 Tonnen begrenzt – immerhin eine Absenkung um etwa 27 Prozent, heißt es in einer Pressemitteilung von LAV und BUND. Der Anglerverband weist jedoch darauf hin, dass bereits jetzt ganze Abschnitte der Bode quasi fischfrei sind und diese Bereiche zudem eine Barriere für Wanderfische darstellen, so dass die Lebensräume mit der Genehmigung weiter zerstört werden und bleiben.

Christian Kunz, Landesgeschäftsführer des BUND in Sach-

"Das klingt nach Verbesserung, ist aber eine Mogelpackung."

**Christian Kunz** 

Landesgeschäftsführer des BUND

sen-Anhalt sagt: "Das klingt nach Verbesserung, ist aber eine Mogelpackung. Der Konzern nutzte nach unseren Vermutungen die bisherigen Höchstgrenzen gar nicht mal aus. Derzeit fließen 470.000 Tonnen Chlorid pro Jahr ab Staßfurt die Bode hinunter. Nach dieser angeblichen Reduzierung wären bis zu 732.000 Tonnen pro Jahr erlaubt. Eine wirksame Auflage sieht anders aus."

Bis zum Jahr 2027 müssen laut Gesetz alle Gewässer den guten ökologischen Zustand hungsweise ihr gutes ökologisches Potenzial erreichen. Mit dieser Genehmigung trage das Landesverwaltungsamt nicht zu der notwendigen ökologischen Verbesserung der Bode bei, heißt es. Insbesondere im Sommerhalbiahr könnten sich Einleitungen kritisch bis katastrophal auswirken, da die Flüsse immer häufiger von extremen Niedrigwassern geprägt sind. Dieser Zustand sei keine Ausnahme, sondern ein Trend.

Kunz sagt weiter: "Immerhin wurde unser Hinweis, dass salzarmes Grundwasser für den Prozess

genutzt werden soll, aufgegriffen." Darüber hinaus wurde jedoch nicht die notwendige Prüfung von Alternativen vorgenommen, so der LAV. Eine direkte Einleitung in die Elbe per Rohrleitung hätte geprüft werden müssen. Eine deutliche Entlastung der Bode und der Saale wäre hier die Folge. Im Zusammenspiel mit weiteren Auflagen der Chloridund Ammonium-Minimierung könnte hier gegebenenfalls nicht nur für Bode und Saale ein ökologischer Gewinn erzielt werden. sondern auch für die Elbe. LAV und BUND fordern die Festlegung einer Maximalkonzentration für Chlorid und Ammonium in der Bode, die eine Zielerreichung "guter ökologischer Zustand" ermöglicht. An dieser Konzentration müsste sich jeder Einleiter orientieren.

Der LAV und BUND lehnen die erneuerte, befristete Einleitgenehmigung ab und prüfen rechtliche Schritte gegen sie. Diese wären an die erteilende Behörde, das Landesverwaltungsamt, zu richten.